



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

20. Januar 2017



Gedenken, Aufklärung, Konsequenzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die erste Sitzungswoche im neuen Jahr stand unter dem Eindruck des schrecklichen Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und bei deren Angehörigen. Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert würdigte sie zu Beginn der ersten Plenarsitzung am Donnerstag in bewegenden und in klaren Worten. Neben der Trauer und Anteilnahme gelte es jetzt auch, manche unbequeme Debatte zu führen. Dabei gehe es auch um die notwendige Aufarbeitung von Versäumnissen in der Vergangenheit: "Wir dürfen und müssen uns dabei auch streiten", erklärte er. Dies solle niemand mit Schwäche verwechseln oder als Unentschlossenheit verunglimpfen. Er verwies darauf, dass das genaue Gegenteil zutrifft: Es ist gerade die Stärke unserer Demokratie, darum zu ringen, wie wir die schwierige Balance zwischen Sicherheitsanspruch und Freiheitsversprechen halten wollen. Damit sei auch im Parlament bereits begonnen worden, erklärte der Präsident und verwies damit auf die Aktuelle Stunde von Mittwochnachmittag: Gleich vier Redner aus der CDU-Landesgruppe kamen dort zu Wort und prägten damit die Debatte. Lesen Sie über beides im Folgenden, genauso wie über die Begegnung mit dem THW am Montag, über den Cannabis-Beschluss des Bundestags und über Spitze und Breite im Sport ...

Ihr Andreas Jung

Bundestag gedenkt der Anschlagsoffer



Im Bundestag wurde am gestrigen Donnerstag der Opfer des Anschlags von Berlin gedacht. Parlamentspräsident Norbert Lammert erinnerte daran, dass sich unter den zwölf Toten des Anschlags vom Breitscheidplatz neben sieben Deutschen Menschen aus Polen, Italien, der Ukraine, Tschechien und Israel befanden. Dutzende weitere seien verletzt worden. "Viele von ihnen werden noch lange kämpfen müssen, um körperlich wie seelisch ins Leben zurückzufinden, nicht anders ergeht es Augenzeugen und den vielen Hilfskräften, denen wir für ihren Einsatz am Tatort und in der Betreuung der Opfer und Hinterbliebenen von Herzen danken", so Lammert. Er betonte: "Die freie Gesellschaft ist nicht ohnmächtig. Auch sie kann und muss sich wehren. Unser Staat kann Gefahren nicht ausschließen, die Sicherheitsbehörden können sie aber mit den rechtsstaatlichen Mitteln begrenzen, die ihnen zur Verfügung stehen".

[Das Video der Rede des Bundestagspräsidenten finden Sie hier.](#)

Entschiedene Maßnahmen gegen Gefährder



Armin Schuster, Nina Warken, Clemens Binninger und Dr. Stephan Harbarth (von links).

In einer aktuellen Stunde wurden in dieser Woche im Bundestag die notwendigen Maßnahmen gegen Gefährder und die Konsequenzen aus dem Fall „Anis Amri“ debattiert. Die vier baden-württembergischen Innenpolitiker Dr. Stephan Harbarth, Armin Schuster, Clemens Binninger und Nina Warken begrüßten in der Debatte, dass nun wichtige Maßnahmen der inneren Sicherheit umgesetzt werden können, für die sie sich seit langem gemeinsam stark machen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Dr. Stephan Harbarth** betonte, dass man nach dem Anschlag nicht einfach zur Tagesordnung übergehen könne. „Man kann nicht sagen, dass keine Fehler gemacht worden sind und keine Schwachstellen bestehen“. Die Union wolle die Vorgeschichte des Anschlags gründlich analysieren und sei offen für einen Untersuchungsausschuss, auch wenn der Fall in die Zuständigkeit der Länder NRW und Berlin falle. Harbarth erinnerte daran, dass ein Teil der Maßnahmen, auf die die große

Koalition sich unmittelbar nach dem Anschlag verständigt habe, längst Rechtslage sein könnte. Entsprechende Vorschläge habe Innenminister Thomas de Maizière bereits im Sommer gemacht. „Das, was nun Gesetz wird, ist damals von der SPD vom Tisch gewischt worden“.

Innen-Obmann **Armin Schuster** setzte sich dafür ein, bei der Aufarbeitung des Falls Amri die gleiche parteiübergreifende Geschlossenheit zu zeigen, wie sie das Parlament beim NSU bewiesen hat. Die Union reagiere nicht aktionistisch oder hektisch. „Nein, alle jetzt diskutierten Vorschläge hatten wir schon lange vor dem Anschlag. Viele davon können wir jetzt umsetzen, weil bei SPD und Grünen ein Umdenken stattgefunden hat. Die Leitlinien von Bundesinnenminister de Maizière unterstütze ich, weil für mich feststeht: In Krisen muss vom Bund geführt werden können“, so Schuster.

Clemens Binninger, auch Vorsitzender im Gremium zur parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste, sprach über die Zweifel der Bevölkerung, ob der Staat sie schützen könne. „Wenn wir diese Zweifel ernst nehmen, sollten wir im Schulterschluss alles tun, um Vertrauen zurückzugewinnen und den Bürgern in unserem Land das Gefühl zu vermitteln, dass hier in diesem Parlament, von unserer Bundesregierung, aber auch von den 16 Landesregierungen alles getan wird, um die Sicherheit der Menschen in diesem Land zu gewährleisten. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir eine ernste Krise bekommen, von der am Ende Gruppierungen außerhalb des Parlamentes profitieren.“ Man müsse daher die Sicherheitsarchitektur neu ordnen, um sie der heutigen Bedrohungslage anzupassen. Dazu gehöre u.a. eine „zentrale Federführung und zwar im Bereich der Polizei, im Bereich der Nachrichtendienste und auch hinsichtlich der Frage von Abschiebungen“.

Nina Warken betonte, wie wichtig Änderungen beim Thema Abschiebehaft seien: „Wir können es einfach nicht länger akzeptieren, dass Abschiebungen in Länder wie Tunesien scheitern und schon gar nicht, wenn es sich dabei um Gefährder oder Straftäter handelt. Wir müssen dafür sorgen, dass solche Personen so lange in Haft genommen werden können, bis sie abgeschoben werden können. Ein fehlender Reisepass darf kein Grund sein, so jemanden wieder frei zu lassen“. Bei der endgültigen Aufklärung des Falls Amri und bei der Umsetzung der sicherheitspolitischen Konsequenzen muss es nun rasch voran gehen. Das haben sich die vier Baden-Württemberger gemeinsam zur Aufgabe gemacht.

Dialog mit dem THW



Die Mitglieder der CDU-Landesgruppe mit THW-Präsident Albrecht Broemme.

Bei der Landesgruppensitzung in dieser Woche sind die CDU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg mit Vertretern des Technischen Hilfswerks (THW) zusammengetroffen und haben sich über die wichtige Arbeit des Zivil- und Katastrophenschutzes ausgetauscht. Der Präsident der Bundesanstalt THW, Albrecht Broemme, berichtete dabei über die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen. Veränderte Gefährdungsszenarien haben die Ausarbeitung eines neuen Rahmenkonzeptes für das THW erfordert, das einen Fokus auf die Stärkung des Ehrenamtes und den Ausbau der Notversorgung sowie der Notfallinstandsetzung vorsieht. Präsident Broemme konnte berichten, dass die vom Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossene personelle Aufstockung des THW um

208 Stellen im Jahr 2016 und weitere 150 Stellen im Jahr 2017 dabei eine bedeutende Rolle spielen würden: „Unsere ehrenamtlichen Kräfte werden dadurch von Verwaltungs-, Prüf- und Planungsarbeiten entlastet, während die Qualität der Ausbildung sowie der Arbeits- und Gesundheitsschutz weiter verbessert wird“.

Der Vorsitzende der Landesgruppe, Andreas Jung, fügte hinzu: „Der Bund investiert aber nicht nur in Personal, sondern auch in die Ausstattung: in den kommenden sechs Jahren stehen im Rahmen eines Investitionsprogrammes für die die Modernisierung der Einsatzfahrzeuge und der Großgeräte des THW über 100 Millionen Euro bereit. Damit leisten wir einen bedeutenden Beitrag, damit der THW seine wichtige Rolle bei Krisen- und Katastrophenfällen bestmöglich erfüllen kann“. Die Landesgruppe habe auch einen besonderen Bezug zum THW: „Mit **Nina Warke**n haben wir nicht nur die Präsidentin der Landesvereinigung des THW Baden-Württemberg in unseren Reihen, sondern mit **Clemens Binninger** auch ihren Vorgänger. **Hans-Joachim Fuchtel**, Parl. Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat 12 Jahre als Präsident der THW-Bundesvereinigung gewirkt. Das unterstreicht zusätzlich die hohe Wertigkeit, die der Zivil- und Katastrophenschutz für uns alle hat. Wir sind allen Frauen und Männern, die sich in den unterschiedlichen Hilfsorganisationen bundesweit für andere einsetzen, zu großem Dank verpflichtet“, so Andreas Jung abschließend.

Cannabis für Schwerkranke



Von **Karin Maag**, Berichterstatterin im Ausschuss für Gesundheit, die am Donnerstag bei der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag sprach:

"Der Bundestag hat am Donnerstag beschlossen, dass Ärzte schwerkranken Patienten cannabishaltige Arzneimittel auf Kassenrezept verordnen dürfen. Auch die Opposition hat dieser Initiative unseres Gesundheitsministers Hermann Gröhe (CDU) zugestimmt. Wir verbessern mit dem neuen Gesetz die Behandlungsmöglichkeiten für Menschen, die starke Schmerzen erleiden müssen. Es geht nicht ums Kiffen auf Rezept, wie eine Zeitung jüngst titelte. Auch bleibt der gefährliche Eigenanbau weiterhin verboten.

Für bestimmte Schmerzpatienten, zum Beispiel mit Multipler Sklerose oder AIDS, kann Medizinalhanf eine gute Therapie sein, wenn andere Schmerzmittel nicht wirken. Diesen Menschen wollen wir helfen und ihnen die Therapie nicht vorenthalten. Bisher dürfen Patienten in Deutschland nämlich bloß in Ausnahmefällen cannabishaltige Medikamente oder getrocknete Cannabisblüten verschrieben bekommen. Derzeit haben nur rund 1.000 Patienten diese Genehmigung. Die Kosten von mehreren hundert Euro im Monat müssen sie aber zumeist selbst tragen.

Für diese und nur für diese Patienten ändern wir das Betäubungsmittelrecht, damit sie einen qualitätsgesicherten und legalen Zugang zu medizinischen Cannabisarzneimitteln erhalten. Im Gesetzgebungsverfahren haben wir nochmals eindeutig klargestellt, dass ein Patient aber nicht erst langjährig schwerwiegende Nebenwirkungen ertragen muss, bevor er die Therapiealternative eines Cannabisarzneimittels genehmigt bekommen kann. Wir haben die Therapiehoheit der Ärzte gestärkt. Sie verordnen künftig aufgrund eigener Prüfung. Die

Ausnahmegenehmigungen entfallen komplett. Um Missbrauch auszuschließen, muss die Erstverordnung von Cannabis von der Krankenkasse genehmigt werden. Umgekehrt wollen wir aber einem zu rigiden Genehmigungsverhalten der Krankenkassen aus Spargründen begegnen. Deshalb dürfen die Kassen die Genehmigung nur in begründeten Ausnahmefällen ablehnen. Für die Palliativversorgung muss über die Genehmigung sogar innerhalb von drei Tagen entschieden werden. Todkranke und sterbende Menschen sollen und können nicht warten. Selbstverständlich brauchen wir weitere Erkenntnisse zur Wirkung, um so eine Entscheidungsgrundlage für die dauerhafte Aufnahme in die medizinische Versorgung zu schaffen. Deshalb wird es eine Begleiterhebung geben. Die Datenlage ist nämlich immer noch relativ dünn, aber es gibt einen hohen Leidensdruck bei den betroffenen Patienten.

Das alles zeigt, dass wir mit unserer Gesundheitspolitik auf breiter Front dabei sind, die Therapiemöglichkeiten von Patienten zu verbessern."

Sport weiter stärken



Am Donnerstag sprach der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Eberhard Gienger** im Deutschen Bundestag zum 13. Sportbericht der Bundesregierung. Der Bericht bilanziert ressortübergreifend die sportpolitische Entwicklung im Zeitraum von 2010 bis 2013. Dabei würdigte Gienger die hervorragenden Erfolge von deutschen Sportlern bei internationalen Wettbewerben, die Förderung des Leistungssports von Menschen mit und ohne Behinderung sowie die Bekämpfung von Doping, Spiel- und Wettmanipulation. "Unser zentrales Ziel bleibt es auch in Zukunft, die Rahmenbedingungen für den professionellen Spitzensport ebenso wie für den Breitensport weiter zu verbessern und Deutschland als Standort für die Ausrichtung internationaler Sportgroßereignisse attraktiv zu gestalten", so Gienger.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie im Angebot CDU/CSU-Fraktion unter



Pressemeldungen

Dr. Stephan Harbarth
[Bundesrat soll spätestens im Februar über Einstufung der Maghreb-Staaten entscheiden](#)

Peter Weiß:
[Betriebsrenten werden attraktiver](#)

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

info@cdu-lg-bw.de
www.cdu-lg-bw.de

Fotos: fotolia.de/travelwitness (Reichstag), Tobias Koch, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abbestellen](#)